

## **Migrantinnen und Migranten, Bodenschätze, Sicherheitszonen. Aufstand in den Phosphatgebieten Tunesiens**

### **1. Überblick**

Seit Januar 2008 befinden sich die Menschen in den tunesischen Phosphatgebieten im Aufstand. Hunderte Jugendliche sind wegen der ständigen Razzien aus dieser wüstenartigen Grenzregion nahe bei Algerien in die Berge oder in die Küstenstädte geflüchtet. Polizei und Militär haben die Phosphatgebiete von der Außenwelt abgeschnitten. Was die Kunde von dem Aufstand betrifft, herrscht ein organisierter Black-Out. Tunesische Migrantinnen und Migranten in Europa durchbrechen diese Blockade.

Die gesamte Region befindet sich wirtschaftlich und sicherheitspolitisch im Umbruch. Die Phosphatförderung wird mit Investitionen in Milliardenhöhe vom Bergbau auf den Tagebau umgestellt. Der Preis des Roh-Phosphats war auf dem Weltmarkt über Jahrzehnte stabil. Nun hat er sich in knapp drei Jahren versiebenfacht, von 40 Dollar pro Tonne (2006) auf 323 Dollar (3/2008). Und er steigt weiter. Die staatlich kontrollierte tunesische „Compagnie des Phosphates de Gafsa“ (CPG), die das Monopol auf Phosphatförderung hat, soll im letzten Jahr 700 Mio. Euro Gewinn erwirtschaftet haben.<sup>1</sup>

Riesige Maschinen fressen inzwischen die Berge an. Die arbeitsintensive Stollenwirtschaft hat ausgedient. Die Ansässigen – inzwischen auch viele Hochschulabsolventinnen und -absolventen – finden kaum noch Arbeit. Die Mechanisierung der Phosphatförderung hat in den letzten dreißig Jahren die Zahl der Beschäftigten von 14.000 auf 5.000 Personen sinken lassen. Die wenigen Neuestellten kommen von Auswärts, aus den „Netzwerken der Macht“. Außerdem ist der traditionelle Schmuggel zum Erliegen gekommen, seit 2007/2008 die Grenze zu Algerien hermetisch überwacht wird. Die Region wird zu einer umfassenden „antiterroristischen“ Sicherheitszone umgebaut. Am Rande der Phosphatgebiete, in der Oase Tozeur, plant der deutsch-französische Rüstungskonzern EADS einen Weltraumbahnhof für die Europäische Union. In Tozeur sind die renommiertesten Golfplätze des Landes entstanden. Durch all diese Veränderungen verlieren die 170.000 Bewohner der Region ihre Einkommens- und Lebensgrundlagen.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie sich der Zugriff auf die Rohstoffe verändert hat – von den Bergwerken des Kolonialismus zu den heutigen globalisierten Sicherheitszonen der Rohstoff-Förderung. Was bedeutet dies für die sozialen Auseinandersetzungen? Mein Augenmerk richte ich auf die besondere Rolle, die Migrantinnen und Migranten spielen. Sie durchbrechen durch ihre Bewegungsformen das Konzept der Sicherheitszonen. Sie werden zu Botschafterinnen/Botschaftern der lokalen Aufstände.

Einleitend ein Überblick zur Geschichte der Region: Aus Afrika und Nahost stammen 84,6 Prozent der weltweiten gehandelten Phosphate. Nordafrika (Marokko, Tunesien und bald auch Algerien) liegt hier auf dem Spitzenplatz. Die hundertzwanzigjährige Geschichte der dortigen Phosphatförderung ist eng mit Aufstand und Niedergang der frühen internationalen anarchokommunistischen Bewegung Nordafrikas verbunden. Mit dem Eisenbahnbau und den Bergwerken entstand im Landesinneren der damaligen Kolonialgebiete eine „frontier“-Bewegung aus nomadischer, berber-, tunesischer, algerischer, libyscher, maltesischer,

---

<sup>1</sup> Jeune Afrique N°. 2469, 4.-10.5.2008. – Zu 80 Prozent wird der verarbeitete Phosphat als Dünger eingesetzt, und die aktuelle Lebensmittelkrise hängt in Wechselwirkung mit dem Preisanstieg zusammen.

italienischer, korsischer und französischer Arbeiterbevölkerung.<sup>2</sup> Phosphat war vor hundert Jahren das Erdöl des Imperialismus. Die Geschichte des Raubbaus war gleichzeitig die Geschichte einer widerständigen neuen Gesellschaftlichkeit – einer mörderischen kolonialistischen Repression und gesundheitsschädlicher Arbeitsbedingungen: Die Staublunge ist bei der Phosphatförderung die übliche Berufskrankheit. Sie brachte den Bergarbeitern über Generationen hinweg den frühen Tod. Die Pneumokoniose ist heutzutage in der Region allgegenwärtig. Die Verarbeitungsanlagen des Rohstoffs wirbeln den Staub in die nahegelegenen Orte, die wie mit Schnee bedeckt aussehen.<sup>3</sup>

Im Zuge des Wirtschaftsprotektionismus und der Sozialpolitik der 1930er und 1940er Jahre wurde die mobile vielsprachige Klasse der Region zerschlagen und national-arabisch eingeeht, mit relativ privilegierten Siedlungsanlagen, abgezäunt und sozial abgegrenzt von anderen Bevölkerungsteilen der Region. Nach der Unabhängigkeit setzten die nordafrikanischen Staaten das Produktions- und Gesellschaftsmuster bis in die 1980er Jahre fort. Dann geriet dieses sozialstaatliche Rudiment in die Krise.

Das Bourghiba-Regime konnte nach der Unabhängigkeit die dortige Guerilla kaum unter Kontrolle bekommen. Bekannte antikolonialistische Kämpfer der Region ließ es ermorden. Eine der größten Militärcasernen des Landes entstand in Gafsa, der Hauptstadt der Region. Das Militär wurde mehrmals auf die Straße geschickt, um Aufstände zu zerschlagen.<sup>4</sup> 1981 versuchten bewaffnete Gruppen, von hier aus das Bourghiba-Regime zu stürzen.

1984 wurde die Phosphatregion zum tunesischen Epizentrum der „Brotunruhen“, die gleichzeitig in vielen Ländern der „Dritten Welt“ als Antwort auf die IWF-Strategien ausbrachen. Die Denkfabriken, die die Brotunruhen ins Visier nahmen, entwickelten auf dieser Folie das Konzept eines globalen Sicherheitsstaats, d.h. der Zonierung der Armut und der globalen polizeilich-militärischen Sicherung der Rohstoffgebiete.<sup>5</sup>

Ausgehend von Südtunesien legte ein Streik im Transportsektor im Jahr 2000 das Land lahm. Der Streik weitete sich aus: Die Studentinnen und Studenten kamen hinzu. Die Arbeitslosen nahmen ebenfalls an vorderster Stelle teil. Immer mehr öffentliche Gebäude wurden angegriffen. Als sich Erdölarbeiter in der südtunesischen Stadt Sfax der Bewegung anschlossen, zerschlug die Polizei alle Demonstrationen im ganzen Lande und verhaftete Hunderte Personen.<sup>6</sup>

Sporadischen Unruhen seit den 1980er Jahren, die die Region erfassten, und der aktuelle Aufstand erinnern in manchen Aspekten an die Kämpfe in den europäischen Kohlebergwerksregionen, in Lothringen und Wales beispielsweise. Doch Kontext und Essenz sind anders: Über die Rohstoffausbeutung werden heute weltweit die allergrößten Gewinne gemacht. In Zeiten irrsinniger Geldvernichtung und einer neuen Lebensmittelkrise kommt die Rohstoffausbeutung einer Lizenz des Gelddrucks gleich. Die globale polizeiliche und militärische Neuaufstellung richtet sich danach. Sie zentriert sich auf den kapitalintensiven Zugriff auf die Rohstoffregionen. Dieser Kontext lässt eher an 1979, an den Aufstand im Iran in der damaligen Energie- und Lebensmittelkrise denken. Doch neu ist, dass der jetzige Aufstand in einer Region mit nur 170.000 Einwohnern Züge eines Überlebenskampfes trägt. Die Einkommensquellen der Bevölkerung werden zerstört.

## 2. Verhaftung von Migranten

---

<sup>2</sup> Tlili, Ridha: Travailleurs du phosphate de Tunisie en post-colonialisme et post-communisme: Amnésie ou déficit mémoriel? Colloquium „Expériences et mémoire“, Bukarest, Sept. 2006.

<sup>3</sup> Ben Salah, Hamida: Le Poumon de phosphate. In: Le CRDI explore, Okt. 1987, S. 17.

<sup>4</sup> Amami, Mohamed: Tunisie: Les citoyens du bassin minier de Gafsa sous le fardeau policier; <http://afriquesenlutte.blogspot.com/>; Zugang: 14.5.2008.

<sup>5</sup> siehe die Publikationen von Luttwak, Poirier u.a. aus den Jahren 1984/1985.

<sup>6</sup> Smith, Brian: Deux semaines de protestations en Tunisie. 14.07.2000; [http://www.wsws.org/francais/News/2000/avril00/14avril00\\_tunisie.shtml](http://www.wsws.org/francais/News/2000/avril00/14avril00_tunisie.shtml); Zugang: 4.6.2008.

Am 1. August 2008 wurde der 29-jährige Essghaier Belkhiri im Hafen von Tunis verhaftet. Er lebt im französischen Nantes und befand sich auf der Reise zu seinem Herkunftsort Redeyef, dem Zentrum des derzeitigen Aufstands. Als er aus der Autofähre herauskam, warteten bereits die Häscher auf ihn.

Hunderttausende Migrantinnen und Migranten fahren im Sommer mit den Autofähren über das Mittelmeer zu ihren Familienangehörigen. In Europa unterliegen sie nicht nur der allgemeinen Ausländerüberwachung, sondern werden mit den Mitteln des Antiterrorismus in Kooperation mit den nordafrikanischen Behörden erfasst. Die Einreisekontrolle beginnt bereits mit dem Ticketkauf der Schiffspassage. Auf dem Schiff finden dann die ersten Kontrollformalitäten statt. Im tunesischen Hafen gibt es riesige Autostau-Anlagen, durch die man geschleust wird.

Jedes Auto und jedes Gepäckstück wird minutiös durchsucht. Es ist anzunehmen, dass die Polizei den Migranten Essghaier Belkhiri nach seiner Verhaftung alsbald gefoltert hat.<sup>7</sup> Am 4. Juli soll er dem Haftrichter in Gafsa in Südwesttunesien vorgeführt worden sein, unter denselben Beschuldigungen wie Hunderte andere, die in den Sommermonaten in der Phosphat-Region verhaftet wurden. Nur: Essghaier Belkhiri hat gar nicht an den Aufständen teilgenommen. Dennoch hat ihn der Haftrichter ins Gefängnis werfen lassen. Einige Wochen später änderte sich der Vorwurf. Weil er ein wenig Bargeld dabei hatte, habe er vorgehabt, „die Rebellion zu finanzieren“. Deswegen drohen ihm nun bis zu zwanzig Jahre Haft, erklärt sein Bruder Naceur: „Aber das Geld war nur ein Vorwand. Man verzeiht ihm nicht, dass er in Nantes [in Frankreich] an den Unterstützungsdemonstrationen für die Bevölkerung von Redeyef teilgenommen hat.“ Es ist gängige Praxis der tunesischen Polizei, dass sie wahllos verhaftet und foltert, um dadurch Aussagen und Beschuldigungen anderer zu erlangen – vor allem: um einzuschüchtern und um Angst zu säen. Diese und weitere Verhaftungen von Einreisenden zu Ferienbeginn sorgten dafür, dass zahlreiche MigrantInnen aus Europa auf ihre Sommerfahrt zu ihren Angehörigen im tunesischen Phosphatgebiet verzichten.<sup>8</sup>

Auf dem Europäischen Sozialforum am 20./21. September 2008 im schwedischen Malmö wurde bekannt, dass die tunesische Staatsanwaltschaft (Gafsa) Strafverfahren gegen 37 tunesischstämmige Migrantinnen und Migranten in Frankreich eröffnet habe. Ihnen wird „Bandenbildung“ und die Vorbereitung von Anschlägen vorgeworfen. Tatsächlich geht es darum, dass sie in Solidarität für die aufständische Bevölkerung in den tunesischen Phosphatgebieten aktiv sind. Unter den Verfolgten ist auch Mohiedine Cherbib, Vorsitzender der „Fédération des tunisiens pour une citoyenneté des deux rives“ (FTCR)<sup>9</sup> und Mitglied des „Comité pour le respect des libertés et des droits de l’Homme en Tunisie“ (CRLDHT)<sup>10</sup>. Stets hat die Einkesselung zum Repertoire der Aufstandsbekämpfung gehört. Neu ist aber, dass dies mit den Mitteln des migrationsfeindlichen Grenzregimes und der Elektronik des Antiterrorismus betrieben wird. Die Kriminalisierung solidarischen Verhaltens orientiert sich offenkundig an dem Begriff der grenzüberschreitenden „Bande“, entwickelt an der Bekämpfung der illegalisierten Migration und anhand der antiterroristischen Fahndungen.

### **3. Zirkulation der Erfahrungen**

---

<sup>7</sup> Nach Festnahmen und Razzien, die aus politischen Gründen erfolgen, ist Folter die Regel, vgl. den aktuellen Landesbericht von amnesty international.

<sup>8</sup> Comité de soutien aux luttes du bassin minier de Gafsa à Paris; c/o: Fédération des Tunisiens pour une Citoyenneté des deux Rives (FTCR), 3, rue de Nantes, 75019 Paris

<sup>9</sup> Übers.: Föderation der Tunesier für die Grundrechte auf beiden Seiten des Mittelmeers

<sup>10</sup> Übers.: Komitee für die Achtung der Freiheiten und Menschenrechte in Tunesien

In der französischen Stadt Nantes wohnt die größte migrantische Community, die aus der tunesischen Phosphatregion stammt. Diesen Migrantinnen/Migranten und ihren aktiven Verbindungen nach Südwesttunesien ist es zu verdanken, dass die Kunde vom Aufstand durchgedrungen ist. Die Aufstandsnachrichten verbreiten sich nicht mehr mit der Weitergabe von Tonkassetten wie vor 20 Jahren, sondern mit Hilfe des Telefons. Die Aufständischen verschicken unzählige Mini-Videos von Demonstrationen und Aktionen per Handy, anschließend werden sie in Europa ins Netz gestellt. Wenn man Ortsnamen wie „Redeyef“ in die Internet-Suchmaschinen eingibt, erhält man unter den ersten 100 Suchergebnissen weder Tourismuswerbung noch wirtschaftsrelevante Daten, und auch keine schriftlichen Aufstandsberichte, sondern nur YouTube, YouTube, YouTube mit besagten Aufnahmen. Dennoch wurde der Aufstand im ersten Halbjahr 2008 außerhalb der Aufstandsregion überhaupt nicht wahrgenommen. Es gibt in den tunesischen Medien keine ernsthafte Berichterstattung, keinerlei Bilder und keinerlei indirekte Hinweise auf die gravierenden Ereignisse. Die Zensur der Medien und die Selbstzensur funktionieren. Es sind keine Maßregelungen von Journalistinnen und Journalisten bekannt, und an den Universitäten oder auf öffentlichen Plätzen des Landes gab und gibt es keine Plakate, die von dem Aufstand künden. Die zugelassenen Gewerkschaften stehen auch in diesem Falle auf Regierungsseite und schweigen. (Manche lokalen Gewerkschafter haben sich allerdings deswegen von ihrer Dachorganisation getrennt.) Die Internetseiten, auf denen Berichte und Videos zu den Aufständen zu finden sind, kann man von Tunesien aus nicht aufrufen. Ein digitaler Sicherheitsapparat, aufgebaut von europäischen und tunesischen Polizeien, Geheimdiensten sowie dem tunesischen Part des Siemenskonzerns, sucht und sperrt die Webseiten, auf denen zum Thema berichtet wird. In der internationalen Öffentlichkeit gibt es kein Interesse, auf Aufstände in Nordafrika und Nahost einzugehen, die sich nicht dem bellizistischen Interpretationsschema des „Kampfs der Kulturen“ fügen wollen.<sup>11</sup>

Die Phosphatregion ist für Journalistinnen/Journalisten de facto gesperrt. Einige wenige Vertreter von Menschenrechtsorganisationen konnten nach internationalen Protesten die Region zeitweise betreten.

Erst als seit Juni 2008 tunesischstämmige Migrantinnen und Migranten in Frankreich, Belgien und Italien auf die Straße gehen, Gebäude besetzen und mannigfachen Protest artikulieren, wird die Informationsblockade durchbrochen. In der Folge kommt es zu Demonstrationsversuchen auch in der Hauptstadt und anderswo in Tunesien, die aber polizeilich zerschlagen werden. Le Monde Diplomatique widmet in ihrer Juli-Ausgabe (2008) dem Aufstand eine Seite.

Die Zirkulation von Erfahrungen durch Migrantinnen und Migranten gewinnt ihre Bedeutung nicht nur als ein soziales Phänomen, das man „Globalisierung von unten“ nennen kann. In Zeiten von Aufständen oder gar Kriegen, oder allgemeiner: In Zeiten der neuen Sicherheitszonen unterläuft der persönliche Erfahrungsaustausch die Blockierungen des Personenverkehrs und der Informationsflüsse.

#### **4. Chronik des Aufstands**

Im Januar 2008 sollten altersbedingt freiwerdende Arbeitsplätze bei der staatlichen Phosphatgesellschaft CFG (Compagnie des phosphates de Gafsa) neu besetzt werden. Tausend Personen hatten sich auf 81 Plätze beworben. Niemand aus der Region wurde eingestellt.

Daraufhin traten die Beschäftigten der CFG in den Ausstand. Vor allem Frauen gingen in den Kleinstädten Redeyef (Redayef) (30.000 Einwohner/innen), Oum Elaraïes (Laârayes) und

---

<sup>11</sup> „Der Raum der Freiheiten [in Tunesien] wird konsolidiert“, erklärte Nicolas Sarkozy bei seinem Staatsbesuch in Tunis am 28. April. Es fiel kein einziges Wort zum Aufstand.

Métlaoui auf die Straße, um zu demonstrieren. Unter den Frauen waren viele Witwen von Bergarbeitern, die durch Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten gestorben sind. Die Gewerkschaftszentralen wurden besetzt und zu den Zentren des Aufstands. Bergarbeiter, Hausfrauen und arbeitslose Hochschulabsolvent/inn/en schlugen ab dem 7. Januar 2008 Zelte auf den Zuggleisen auf, um so die Phosphatindustrie zu blockieren. Eineinhalb Monate hielten sie die Zeltblockade durch. Eine Gruppe von arbeitslosen Hochschulabsolventinnen und -absolventen trat in den Hungerstreik. Bald ging es in den Kämpfen nicht mehr nur um die Arbeitsplätze, sondern um die Lebensbedingungen, um die Teuerungen, um die fehlenden Einkommensmöglichkeiten und um die politisch-polizeiliche Willkür: In der Stadt Redeyef beispielsweise ist der Machthaber zugleich Unternehmer, Abgeordneter der Regierungspartei und lokaler Regierungschef.

Die Regierung beschränkte sich anfangs darauf, die gesamte Region polizeilich einzukreisen und von der Außenwelt abzuschneiden. Die Eskalation im Innern der Region begann im April 2008. Die Polizei griff die wöchentlichen, dann häufig täglichen Demonstrationen frontal an, führte Razzien im Umkreis von Gewerkschaftern durch, die sich auf die Seite der Demonstranten geschlagen haben (Boujemaa Echrayti, der Grundschullehrer Adnane Hajji u.a.), und verhaftete Dutzende Personen, die auf den Versammlungen häufiger aufgetreten sind. Die Demonstrant/inn/en griffen die Polizeikaserne mit Steinen und Molotowcocktails an. Der Druck stieg so schnell an, dass die Behörden die meisten Verhafteten nach zwei Wochen wieder freilassen musste. Nach kurzer Zeit wurden sie und andere aber erneut festgenommen.<sup>12</sup> Seit April gehörten Steinwürfe der Demonstrant/inn/en und Knüppel, Wasserwerfer, Tränengas und der Einsatz von Hunden durch die Polizei zum Alltag der Phosphatstädte.

Am 8. April sind Lehrer, Inspektoren, Mitarbeiter des Gesundheitswesens und Gymnasiallehrer von Redeyef aus Protest gegen die Verhaftungswelle in einen eintägigen Streik getreten. Dutzende Familien von Arbeitslosen haben sich am 16. April aus Protest ins algerisch-tunesische Grenzgebiet geflüchtet, wo sie auf algerischer Seite (bei Bir El Ater, 89 km südlich der Wilaya Tébessa, hinter dem Douar Aïcha Oum Chouicha) Zelte aufgeschlagen haben. Sie fordern Verhandlungen mit den tunesischen Behörden.

Seit Mitte April sind in Redeyef die Schulen, die Geschäfte und alle Einrichtungen geschlossen. Die Stadt befindet sich im Ausnahmezustand. Die Polizei plündert tagsüber nach und nach die Geschäfte und Wohnhäuser. Nahrungsmittel, Kleidung und Handys nehmen sie mit. Nachts patrouillieren Jugendgruppen zum Schutz der Geschäfte und Häuser, nur mit Steinen bewaffnet. Am 28. April organisierten 300 arbeitslose Hochschulabsolventen ein Sit-In vor der Phosphatgesellschaft in Gafsa. Phosphatarbeiter, die durch Arbeitsunfälle invalide geworden sind, trafen sich zu Protestmeetings vor dem Sitz der Regionalregierung. Vor dem Gemeindeamt demonstrierten die Bauarbeiter. Vor dem Sitz der Regierungspartei RCD demonstrierten Behinderte. Die Protestierenden errichteten Straßensperren an den Zufahrtsstraßen nach Gafsa und Metlaoui.

Am 6. Mai starb der 26-jährige arbeitslose Hichem Ben Jeddou El Aleimi bei einer Besetzungsaktion. Der 21-jährige Taoufik Ben Salah fiel ins Koma. Sie hatten mit anderen das Kraftwerk in Oum Lârayes besetzt, um die Wasserpumpen der zentralen Phosphatanlage der CPG lahmzulegen. Jugendliche besetzten nach dem beabsichtigten Stromausfall die Strommasten. Eine schnelle Eingreiftruppe der Polizei intervenierte, verschoss Tränengas in das besetzte E-Werk und stellte die Anlage wieder an. Mehrere Personen erhielten heftige Stromschläge. Die Erste Hilfe rückte erst Stunden nach dem tödlichen Unfall an.

Am Nachmittag des 7. Mai verließen Tausende Einwohner/innen von Redeyef aus Überdruß gegen die Polizeibesetzung ihre Stadt, um sie marodierenden Polizeikräften zu überlassen. Sie

---

<sup>12</sup> Ben Rhouma, Hanan: Tunisie: la région de Gafsa en ébullition. 9 mai 2008. unter: [www.afrik.com/article14249.html](http://www.afrik.com/article14249.html) / 22.10.2008

wollten für eine unbestimmte Zeit auf die algerische Seite wegziehen. Doch am Abend kehrten sie auf Druck der Gewerkschafter zurück.

Ende Mai ging die Polizei mit Tränengas gegen demonstrierende Frauen vor, die ein Meeting in Solidarität mit den vierzehn Arbeitern abhielten. Die Arbeiter befinden sich aus Protest gegen ihre Entlassung seit dem 15. Mai im Hungerstreik. Es kam im Anschluss daran zu Straßenschlachten. Die ersten Prozesse gegen aufständische Jugendliche des Bergbaugebiets endeten mit mehrmonatigen Gefängnisstrafen.

Seit Mitte Mai scheint sich der Unmut in die Nachbarregionen auszuweiten. Am 22. Mai blockierte die Bevölkerung einiger Vororte von Sfax die Zufahrt zum Erdölfeld Hannibal, das von British Gas betrieben wird, ebenfalls aus Protest gegen Neueinstellungen, die die Ansässigen leer ausgingen ließen. British Gas beschäftigt nunmehr bevorzugt Philippinen, Malaysier und Ägypter.

Anfang Juni demonstrierten in der Stadt Feriana – in einer Nachbarregion nahe der algerischen Grenze – Schülerinnen und Schüler, es kam zu Straßenschlachten. Auslöser war, dass die Lokalverwaltung die Vertreibung der ambulanten Händler angeordnet hatte. Im Gegenzug kam es zu einem Angriff auf den politisch Verantwortlichen der Aktion. Tags darauf wurden dreißig Schülerinnen und Schüler sowie protestierende arbeitslose Jugendliche von der Polizei verhaftet und die meisten in Schnellverfahren abgeurteilt.<sup>13</sup> In der Nachbarregion Hassi El-Ferid nahe der algerischen Grenze soll die Bevölkerung vier Beamte der Garde Nationale entführt und an einem unbekanntem Ort versteckt haben. Sie fordern, dass die Behörden Tierfutter ausgeben. Die Viehhaltung wird dort wegen der Trockenheit und wegen des unterbundenen Schmuggels über die Grenze immer schwieriger.

Am 2. Juni starb in Redeyef der Jugendliche Nabil Chagra, als er auf einer Demonstration junger Arbeitsloser von einem Auto erfasst wurde. Am 5. Juni eröffnete die Polizei in Redeyef das Feuer auf die protestierende Menge und tötete den 22-jährigen Hafnaoui Ben Ridha Hafnaoui Maghzaoui. 26 Personen wurden durch Schüsse verletzt, zumeist in den Rücken. Die Polizei schoss danach Tränengasgranaten in die Wohnhäuser hinein und setzte Wasserwerfer ein. Ende September 2008 erlag der 27-jährige Abdelkhaleq Ben Mbarek Ben Ahmed Amidi den Schussverletzungen jenes Tages.

Am 6. Juni rückte die Armee mit Panzerwagen und Lastwagen in die Phosphatgebiete ein und ging an den wichtigsten Plätzen der Städte in Stellung. Einen Tag später, am 7. Juni, wurde der erschossene Demonstrant beigesetzt. Das Begräbnis, an dem 5.000 Personen teilnahmen (auch viele Frauen – eine Ausnahme nach der islamischen Tradition) wurde vom Militär begleitet.<sup>14</sup>

In einem Regierungsprogramm sollen 700 Jugendliche im Mai/Juni in Oum Larayès von der dortigen Näherei als Praktikant/inn/en für monatlich umgerechnet 50 Euro eingestellt worden sein. Danach standen sie wieder auf der Straße. Auch 50 Hochschulabsolvent/inn/en sollen in der Region bei einem Umweltprojekt als Praktikant/inn/en kurzfristig eingestellt worden sein, aber nur für einen Monat.

---

<sup>13</sup> Et ca continue...à Feriana cette fois!; <http://carpediem-selim.blogspot.com/2008/06/et-ca-continue-feriana-cette-fois.html>; Zugang: 2.6.2008

<sup>14</sup> Zur Chronik bis zu diesem Datum siehe im Internet die Presseerklärungen des Comité de soutien aux luttes du bassin minier de Gafsa à Paris, c/o Fédération des Tunisiens pour une Citoyenneté des deux Rives (FTCR), 3 rue de Nantes Paris 75019; sowie des Comité pour le respect des libertés et des droits de l'homme en Tunisie (CRLDHT), der Ligue Tunisienne des Droits de l'Homme (LTDH) und des Conseil National pour les Libertés en Tunisie (CNLT). Während erstere Zusammenschlüsse auch die Protestaktionen in Paris organisieren, veröffentlichen die Menschenrechtsorganisationen die Namen der Verhafteten und bemühen sich um einen Beobachtungsstatus im Aufstandsgebiet sowie um die Einrichtung unabhängiger Untersuchungskommissionen. Außerdem versuchen sie - vergeblich -, einen Verhandlungsweg einzurichten. Siehe auch Schmid, Bernard: Heftige soziale Unruhen in Tunesien und Marokko: Tote im Phosphatrevier von Gafsa und in Sidi Ifni. In: Labournet; <http://www.labournet.de/internationales/ma/unruhen0608.html>).

Seit Mitte Juni führte die Polizei Razzien auch außerhalb der Phosphatgebiete durch, insbesondere in dem benachbarten Governorat Tozeur. Polizeiliche Überfälle finden dort in den Cafés, auf Märkten und an den Bushaltestellen statt. Jugendliche aus Redeyef, die sich zu Verwandten in die Region Tozeur geflüchtet hatten, wurden dabei festgenommen. Viele Jugendliche haben sich auch in die Berge geflüchtet. Sie sollen durch die polizeilich-militärische Besetzung der Städte und Straßen ausgehungert werden. In Redeyef wohnen jetzt nur noch Alte, Frauen und Kinder. Die Läden sind geplündert und bleiben geschlossen.

Am 29. Juni versuchten linke Gruppen, in einigen Städten mit Demonstrationen die Bevölkerung in den Phosphatgebieten zu unterstützen. Die Polizei blockierte die Zufahrtswege und zerschlug alle Demonstrationsversuche. Seit dem Ferienmonat August laufen Gerichtsverfahren gegen ungefähr 150 Personen aus den Aufstandsgebieten. Die Gerichte lehnten es ab, die Aussagen der Angeklagten über ihre Folter in Polizeihaft ins Verhandlungsprotokoll aufzunehmen.

In denselben Juni-Tagen, als die Polizei in Redeyef auf die demonstrierende Menge schoss und dann das Militär eingesetzt wurde, kam es zu mehrtägigen Aufständen der Bevölkerung in der algerischen Stadt Oran und der marokkanischen Stadt Sidi Ifni. Unter Polizeikugeln starben dort ebenfalls mehrere Personen. Auch wenn die Auslöser der Unruhen unterschiedlich waren, erscheinen die aufrührenden sozialen Hintergründe doch als gemeinsames Moment. Die internationale Presse weist auf die politisch-wirtschaftliche Blockierung vor allem der Jugendlichen in den Ländern hin.<sup>15</sup>

## 5. Sicherheitszonen und neues Grenzregime

Auch auf der anderen Seite der tunesisch-algerischen Grenze beginnen gigantische Phosphat-Tagebauarbeiten. Am 3. Februar 2008 genehmigte der algerische Staat die Assoziierung der „Entreprise Nationale du Fer et du Phosphate“ (Ferphos) mit der „Engro Chemical Pakistan“, die an der Börse von Karachi notiert ist, um einen Industriekomplex zur Förderung des algerischen Phosphats am Berg Djebel-Onk bei Bouchehouf im Nordosten Algeriens zu schaffen. Vorgesehen sind Investitionen von 1,5 Mrd. Dollar. Die Eisenbahn und der nahe gelegene Hafen sollen ausgebaut werden. In derselben Region entstehen weitere Phosphatabbaugebiete für 3 Mrd. Dollar Investitionen bis 2010, die Förderung soll verdoppelt werden.<sup>16</sup>

Die tunesisch-algerische Grenze wird im Zuge dieser Wirtschaftsformierungen und unter dem Zeichen des Antiterrorismus aufgerüstet und sicherheitspolitisch neu gestaltet. Schmuggel und unregistrierter Grenzverkehr sollen unterbunden werden. Die lokale Bevölkerung und die mobilen Jugendlichen der innermaghrebischen Migration werden als tendenzielle Bedrohung wahrgenommen.

Es ist damit zu rechnen, dass asiatische Arbeitskräfte – technische Spezialisten wie Facharbeiter – für die Rohstoffausbeutung in den Sicherheitszonen angeworben werden. In Algerien ist dies bereits bei einigen Großprojekten der Fall. Die Asiaten werden in Barackenunterkünften unter einem besonderen Kontrollregime von der Bevölkerung getrennt gehalten.

Der Sicherheitswahn rund um Grenzen und Rohstoffausbeutung gebiert militärtechnische Labore. Derzeit sind militärische Spezialeinheiten mit der Räumung von mehreren Millionen Landminen in den maghrebischen Grenzgebieten befasst. Die Minen sind eine Hinterlassenschaft des Kolonialismus.

---

<sup>15</sup> Selim, K.: Avis de tempêtes sociales nord-africaines. In: Le Monde 10.6.2008; Beaugé, Florence: Troubles sociaux meurtriers au Maroc et en Tunisie. In: Le Monde 10.6.2008

<sup>16</sup> Jeune Afrique N. 2469, 4.-10.5.2008

Die Personenkontrollen in der Wüste – ob nun in den Rohstoff-Sicherheitsgebieten oder an den Grenzen – sind besonders schwierig, weil es häufig keine Zaunanlagen gibt. Ähnlich wie bei Meeresüberquerungen wird in den „Häfen“, in den Oasen, und auf den Zufahrtswegen kontrolliert. Verdächtige Konvois in der algerisch-malischen Wüste laufen Gefahr, aus der Luft bombardiert zu werden. Die Verdachtsmomente bilden ein Amalgam: Es könnte sich um Tuareg-Aufständische, um Waffenhändler, um unkontrollierte Bewegungen lokaler Nomadenstämme oder um islamistische Terroristen handeln. Verdacht entsteht, wenn diese Bewegungen nicht an Ausgangspunkten oder an Transitstationen identifiziert werden können. Die unbemannte Luftüberwachung scheint zum militärischen Mantra der globalen Sicherheitszonen zu werden. Das algerische Militär versucht derzeit, in Kooperation mit dem brasilianischen und südafrikanischen Militär eine Satellitenüberwachung der Grenzregionen aufzubauen. Die libysche Regierung sammelt bei der italienischen Regierung und bei der EU Gelder für eine Satellitenüberwachung der Sahara-Grenzen ein.<sup>17</sup> Im erklärten Visier sind die sogenannte „illegale Migration“ aus Afrika nach Europa wie auch der islamistische Terrorismus. Dass eine generelle Sicherheitsblockade gegenüber der mobilen Bevölkerung in den Regionen der Rohstoffreserven beabsichtigt ist, steht nicht in den Verlautbarungen.<sup>18</sup> Die US-Außenministerin Rice empfahl bei ihrem Staatsbesuch in Algier am 7. September 2008 nachdrücklich, die maghrebischen Grenztechnologien mithilfe des US-Luftüberwachungs-Knowhows der irakisch-syrischen Grenzregion aufzurüsten. Zuvor hatte eine gewaltige Anschlagsserie das Land erschüttert. Die USA erwarten eine entsprechende „formelle Unterstützungsanforderung Algeriens“.<sup>19</sup> Die Anschläge selbst hatten allem Anschein nichts mit Grenzen und Grenzüberschreitungen zu tun, die militärtechnologische Antwort zielt aber offensichtlich auf die Herstellung von Grenzsicherheitszonen – Modell Irakkrieg.

## 6. Fazit

Die Auseinandersetzung mit den sozialen Kämpfen in den Gebieten der Rohstoffausbeutung und der polizeilich-militärischen Sicherheitszonen eröffnet eine Zukunftsperspektive jenseits der angebotenen herrschenden Polarisierung nach dem 11. September 2001. Die migrantischen Netze transportieren Erfahrungen, von denen man in den Metropolen „noch nie gehört hat“ – trotz des scheinbaren Informationsüberflusses. Dieser Erfahrungsaustausch – und wohl nur dieser Erfahrungsaustausch! – wird die Grundlage dafür sein, dass die „vielköpfige Hydra“<sup>20</sup> der Ausgebeuteten wieder auftaucht, im globalen Projekt der Veränderung.

*Der Artikel erschien zuerst in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), Jahrbuch 2009: Jenseits der Menschenrechte – Die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2009, 280 S., € 19,90*

---

<sup>17</sup> Laut italienischem Innenminister Roberto Maroni soll das italienische Unternehmen Finmeccanica mit dem Aufbau der libyschen Satellitenüberwachung beauftragt werden. AGI, Rom, 22.9.2008

<sup>18</sup> vgl. auch die US-„Pan-Sahel-Initiative“ der USA (seit 2003) und die US-„Trans-Sahara-Initiative“ (seit 2007)

<sup>19</sup> Wer tötet wen in Algerien? In: NZZ 23./24.8.2008 und Le Quotidien d’Oran, Tagesausgaben zwischen dem 22.8. und dem 8.9.2008 (www.lequotidien-oran.com)

<sup>20</sup> Linebaugh, Peter; Rediker, Marcus: Die vielköpfige Hydra. Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks. (Aus dem Englischen „The Many-Headed Hydra - Sailors, Slaves, Commoners and the Hidden History of the Revolutionary Atlantic“ von Sabine Bartel) Verlag Assoziation A, Berlin, 2008.